



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Wiederbelebung der Vermögensteuer als Teil einer gerechten Steuerpolitik und als Beitrag zur nachhaltigen Konsolidierung des Landeshaushalts

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Erhebung einer Vermögensteuer ein wichtiger Teil einer an Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit orientierten Steuerpolitik ist.
2. Der Landtag stellt fest, dass eine ausschließlich auf die Ausgabenseite orientierte Konsolidierungspolitik nicht ausreicht, um die Gestaltungsfähigkeit der Landeshaushalte langfristig zu erhalten und zu sichern.
3. Der Landtag bittet die Landesregierung, auf eine Initiative des Bundesrats hinzuwirken, die die Wiedererhebung der Vermögensteuer in Deutschland zum Gegenstand hat.

Begründung

Die gesellschaftliche Akzeptanz des Steuersystems wird im Wesentlichen von der gerechten Lastenverteilung auf die Bürgerinnen und Bürger bestimmt. Durch die Aussetzung der Vermögensteuer jedoch erfolgte eine Umverteilung der Lasten zugunsten der Vermögenden in Deutschland.

Die Wiederbelebung der Vermögensteuer – in einer verfassungskonformen Ausgestaltung – ist als Ausdruck von sozialer Gerechtigkeit nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar geboten.

Das Auslaufen des Solidarpakts II, das Absinken der EU-Mittel und die demographisch bedingten Einnahmeverluste stellen die Haushaltspolitik des Landes vor große Herausforderungen. Gleichzeitig besteht immer noch ein hoher Investitionsbedarf in vielen Bereichen. Eine einseitig auf die Ausgaben fixierte Sparpolitik kann nur

(Ausgegeben am 19.01.2017)

kurzzeitig wirken. Notwendige Strukturveränderungen können mittelfristig zu einer effizienteren Aufgabenerfüllung beitragen.

Um die Handlungsfähigkeit des Landeshaushalts aber dauerhaft sichern zu können, muss er in seiner ganzen Komplexität betrachtet werden. Und dazu gehören eben auch die Einnahmen – und hier speziell die Steuereinnahmen – des Landes.

Da die Erhebung einer Vermögensteuer in nur einzelnen Ländern nicht sinnvoll wäre, ist eine gesamtdeutsche Regelung notwendig. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine entsprechende Initiative im Bundesrat zu starten bzw. zu unterstützen.

Sven Knöchel
Fraktionsvorsitzender